

# DIE WELTWIRTSCHAFT UND IHRE NÄCHSTE KRISE

## ***Sorgen um Dollarverfall und freien Welthandel: Patriotische Ideologien und der praktische Standpunkt der Wirtschaft***

5

Seit der Dollar für weniger als 2 DM zu haben ist, verzeichnen ökonomischer Unsinn und wirtschaftspolitische Sorgen eine gemeinsame weltweite Hochkonjunktur.

## ***Die BRD in eigener Sicht: Musterknabe mit "gemachten Hausaufgaben"***

10

Die wichtigsten "Fakten" werden dem deutschen Publikum in Form von Schaubildern unterbreitet, die im Vergleich zu einer geradlinig auf der "wahren" Kaufkraft beharrenden Dollar-DM-Parität einen wild auf und ab schwankenden wirklichen Dollarkurs vorzeigen; die aktuelle Überschrift übers Geschehen heißt "Dollarverfall". Dieselben Daten nähmen sich gleich etwas anders aus, hätten die Schaubildingenieure aus Bundesdeutschlands wirtschaftswissenschaftlichen Instituten die D-Mark um ihren "wahren" Dollarkurs herum schwanken lassen; der Titel müßte dann "anhaltende und zunehmende Überbewertung der D-Mark" heißen. Wie man die Sache ansieht, ist keineswegs bloß Ansichtssache. Spätestens wenn irgendein französischer Minister die scharfsinnige bundesdeutsche Analyse eines "Schwächeanfalls des Franc" mit seiner Auffassung kontert, es gebe höchstens ein "Problem der zu starken Mark", dann kann der aufgeklärte Inhaber eines bundesdeutschen Reisepasses nur den Kopf schütteln über so viel wirtschaftskundlichen Unverstand.

15

20

25

30

Über die Gründe des Dollarverfalls werden zwei weitere eindrucksvolle Zahlen mitgeteilt: das Haushaltsdefizit der US-Regierung, das im vergangenen Jahr weitere 150 oder 200 Milliarden Dollar zu der Gesamtschuldensumme von nunmehr einer runden Billion hinzugefügt hat; und das Handels- oder ersatzweise das Leistungsbilanzdefizit der USA in der Größenordnung von über 100 Milliarden Dollar in 1986. Ehrlicherweise versäumt kein seriöser Betrachter der Wirtschaftsszene den Hinweis, daß Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite der USA auch schon vor Jahren mehrstellige Milliardenbeträge ausgemacht haben, als der Dollar auf fast dreieinhalb Mark gestiegen ist. Daraus lernt man aber höchstens zusätzlich, daß die Sache mit dem Minus auf alle Fälle "auf die Dauer nicht gutgehen" konnte.

35

40

*Inwiefern* sie nunmehr "schlecht geht", bloß weil die Mark mehr Dollar kauft, ist aus den besorgten Stellungnahmen weniger deutlich zu ersehen. Die Vorstellung, ein schwacher und immer weiter fallender Dollar wäre so etwas wie eine gerechte Strafe für hemmungsloses Defizit-Machen, befriedigt zwar den Moralismus von Beobachtern, die Stoltenberg für einen guten Haushaltsvorstand und ein Handelsbilanzplus für die Belohnung von Arbeits- und Spareifer halten oder ausgeben. Das Dumme ist nur: Nach allem, was man so mithört, sieht sich die US-Regierung durch den veränderten Dollarkurs gar nicht bestraft; angeblich ist sie sogar damit beschäftigt, ihn "herunterzureden". Ärger darüber ist angezeigt, daß der Dollarverfall gerade nicht den amerikanischen Kaufleuten und Finanzbeamten schadet, sondern ausgerechnet der bundesdeutschen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik mit ihrem mustergültigen Schuldenwesen und

ehrlichen Außenhandelserfolg zutiefst ungerechte Schwierigkeiten bereitet. Man erfährt, daß die nationale Exportwirtschaft so menschliche Züge wie eine "Schmerzgrenze" besitzt, die irgendwo zwischen 1,90 und 2.- DM für den Dollar liegt. Andererseits wird der Preisvorteil gar nicht verheimlicht, den ja keineswegs bloß Ölheizungsbenutzer und Autofahrer, sondern vor allem "die Wirtschaft" und auch die Exportindustrie davon haben, daß der billige Dollar die Einkaufspreise für Öl und andere Einfuhrgüter enorm gesenkt hat.

Maßgeblich bleibt dennoch die Einschätzung, daß die USA mit ihrem Dollarverfall einen Großangriff auf unseren wohlverdienten Außenhandelsüberschuß starten. Das stößt hierzulande auf gerechte Empörung - so sehr andererseits die erklärte Absicht der US-Regierung, ihre Defizite abzubauen, Beifall findet. Dabei will niemand diese Beschwerde als das Eingeständnis verstanden wissen, daß die Bombenerfolge des bundesdeutschen Exportgeschäft dann ja wohl hauptsächlich durch den bisherigen Dollar-DM-Wechselkurs zustande gekommen sein müssen. Man erfährt, daß nicht Preisvorteile, sondern eine moderne Technologie und die Rückständigkeit der US-Konkurrenz deutschen Produkten ihren Absatz jenseits des Atlantik gesichert hätten; übrigens aus denselben Magazinen, die noch vor kaum einem Jahr ihr Publikum mit einem technologischen Nachhinken Europas und der fast schon verspielten Zukunft der "alten Welt" erschreckt haben. Aber da ging es ja auch um etwas anderes: SDI-Geschäfte und analoge Eureka-Programme standen zur Debatte. Weil es anscheinend aber doch bloß auf den Preisvorteil ankommt, wird der geänderte Wechselkurs als "Dollar-Protektionismus" beschimpft: als besonders tückischer Anschlag auf die Freiheit des Welthandels, zu dem das Devisengeschäft in diesem besonderen Fall aus deutscher Sicht einmal nicht ganz dazugehört.

### ***Die Selbstdeutung der US-Ökonomie: Gutmütiges Opfer ausländischer Profitgier***

Die Debatte innerhalb der USA bietet das gerechte Spiegelbild der bundesdeutschen. Dort findet man die rasante Wechselkursverschiebung zwischen dem Dollar und dem Rest der Welt in Ordnung, auch wenn der erhoffte Effekt, die Verringerung des nationalen Außenhandelsdefizits, noch nicht abzusehen ist, statt dessen die für Importe aufzuwendenden Dollarbeträge logischerweise steigen. Mit Genugtuung werden die Sorgen und Klagen deutscher und japanischer Exporteure registriert, denen der neue Wechselkurs das Geschäft auf dem US-Markt erschwert. Als Beispiel für die vielen Ungerechtigkeiten, die es noch auszuräumen gibt, wird quer durch die US-Presse der entsetzliche Fall breitgetreten, daß sogar brasilianische Schuhexporteure den Markt hätten erobern dürfen, wohingegen Brasilien den Import von Personal-Computern aus den USA verbietet. Ähnlich schlagende Beweise gibt es für jeden Handelspartner, der in den USA mehr absetzt als kauft. Dabei bleibt durchaus nicht unbekannt, daß Exporterfolge amerikanischer Firmen vor allem in Japan und der BRD nur deswegen zu wünschen übriglassen, weil diese Firmen den deutschen oder japanischen Markt schon längst durch ortsansässige Tochterunternehmen beliefern: Von Hamburgern bis GM-Autos und von IBM-Hardware bis Coke kein amerikanischer Markenartikel, der in den feindseligen Partnerländern nicht bestens eingeführt wäre. Bekannt ist auch, daß die konkurrenztüchtigen Exporteure in Taiwan, Hongkong oder Südkorea, die diesen Ländchen einen Milliarden-Überschuß im Handel mit den USA bescheren, durchweg Ableger amerikanischer Firmen sind, die durch Kapitalexport und

Warenimport die Vorteile ostasiatischer Billiglöhne ausnutzen. Dieses Wissen mindert aber nicht im geringsten die Unzufriedenheit mit dem Handelsungleichgewicht.

Warum und inwiefern das Defizit schädlich sein soll, erfährt die amerikanische Öffentlichkeit beim Außenhandel genauso wenig wie beim Regierungshaushalt: Schranken der Verschuldungsfähigkeit der Regierung sieht niemand; die schlimmste Prognose spekuliert mit einem denkbaren Zwang, die darauf gezahlten Zinsen etwas zu erhöhen, was die Verbilligung des Dollar gegenüber Yen und D-Mark etwas revidieren könnte. In dem Zusammenhang hat man eine Zeitlang auch gemeint, die wichtigsten Ungerechtigkeiten der Weltwirtschaft kämen von einem zu hohen deutschen Zinsniveau; jetzt ist der Diskontsatz um eine halben Prozentpunkt gesenkt, und so gefällt die Lage den Hütern der US-Währung schon viel besser.

Am Dollarverfall selbst gibt es nur die Kritik, daß er als Waffe gegen die "protektionistische" Konkurrenz wohl nicht reicht. Den Kampf gegen Warenkontingentierungen, die andere verhängen, hält jeder für korrekt und wichtig. Nebenher bekommt man auch drüben mitgeteilt, daß der Devisenhandel in der Welt täglich das 25fache und gelegentlich das 100fache der Dollarbeträge umsetzt, auf die sich der Wert der gleichzeitig international gehandelten Waren beläuft. Auch das gibt zu Sorgen Anlaß, und niemand kann sagen zu welchen.

### ***Der Standpunkt der nationalen Bilanz - ein überholter Patriotismus***

Das Durcheinander der Heucheleien, Sorgen und Spekulationen in Sachen Dollarkurs und Welthandel beruht, theoretisch genommen, auf lauter längst hinfällig gewordenen Vorstellungen darüber, was in der Weltwirtschaft von heute überhaupt *nationales Konkurrenzinteresse* ist.

Noch immer wird geraqe in Politikerkreisen so getan, als wäre das Importieren ein Weggeben oder eine Gefährdung des eigentlichen nationalen Reichtums und als wäre Protektionismus im Grunde der wahre nationale Egoismus, den an selbst nur aus selbstloser Parteilichkeit für einen freien Welthandel läßt. Das Exportieren genießt den guten Ruf einer unbedingt schätzenswerten patriotischen Tat, und ein Handelsbilanzüberschuß wird wie ein nationaler Gesamtprofit und jedenfalls als Regierungsverdienst verbucht. Beides hat noch nie gestimmt; inzwischen sind aber auch die Zeiten vorbei, als nationale Handelsbilanzen durch Zu- oder Abfluß von Gold ausgeglichen wurden und ein Defizit sich ganz anschaulich als Schwinden des Reichtums in seiner unbedingt gültigen Form darstellte.

Das Exportieren hat seine Fortsetzung im Export ganzer Betriebsabteilungen des Exporteurs gefunden: in einem Kapitalexport, der nach der Systematik der nationalen Buchhaltung als Verbindlichkeit gegenüber dem Ausland zählt, also auf derselben Seite der Bilanz auftaucht wie der Warenimport. Große Importe ziehen schon längst nicht mehr einfach, nach der Schutzzoll-Logik, die Ruinierung einheimischer Geschäftszweige nach sich, sondern sind meist der Auftakt zur Einwanderung ursprünglich ausländischer Firmen, die das nationale Geschäftsleben gewöhnlich besser in Schwung halten als die unterlegene einheimische Konkurrenz; ihr Zuzug vergrößert buchungstechnisch die Rubrik der Forderungen ans Ausland, wie ein Exportgeschäft. Was in welchem Maß stattfindet, Waren- oder Kapitalverkehr, entscheidet eine Geschäftswelt, die kosmopolitisch kalkuliert und im Prinzip aus lauter "Multis" besteht. Nationen werden nach ihren jeweiligen produktionsspezifischen Standortvor- und -nachteilen durchsortiert, Produktionsbe-

triebe dementsprechend eingerichtet oder verlagert. Der Standpunkt der geschäftlichen Gewinn- und Verlustrechnung, der dabei maßgeblich ist, hat sich von den Gesichtspunkten der nationalen Bilanzierung gründlich getrennt.

5 Ex- und importiert werden heute überhaupt nicht bloß Waren und Firmen, sondern die  
Schuldforderungen und Verbindlichkeiten selbst, die aus solchen grenzüberschreitenden  
Geschäften, aber auch aus einem ganz eigenständigen internationalen Kreditverkehr entstehen;  
Handelswechsel stellen inzwischen nur noch ein kleineres Kontingent unter den Wertpapieren, mit  
denen weltweit wie mit Produkten eigener Art Handel getrieben wird. Dabei hat sich das  
10 internationale Geschäftsleben nach der einen Seite hin sehr vereinfacht: Be- und gerechnet wird  
nur noch in drei bis sieben Währungen, in Dollar, daneben in Yen und D-Mark und einigen ande-  
ren europäischen Währungen. Masse und Art der Zahlungsverprechen, die an den verschiedenen  
Börsen herumschwappen, haben sich dafür vervielfacht. Firmen, Regierungen und Banken  
plazieren ihre Anleihen international; private und institutionelle Geldanleger verleihen rund um  
den Globus; und die nationalen Notenbanken sind auf beiden Seiten auch mit dabei. Ein  
15 zwischenstaatlicher Zahlungsausgleich in dem Sinn, daß per Ultimo Forderungen und Ver-  
bindlichkeiten in den Währungen der handeltreibenden Länder saldiert, die Differenzen durch  
Währungskredite überbrückt und diese gemäß den Gründungsregeln des Internationalen  
Währungsfonds (IMF) zurückgezahlt würden, findet nicht einmal mehr der Absicht nach statt.

Noch von einer anderen nationalen Schranke hat das Bankwesen sich inzwischen freigemacht.  
20 Die Geschäftsbanken aus den weltwirtschaftlich führenden Staaten sind bei ihrer Kreditaufnahme  
und -vergabe nicht mehr auf die am Ort ihrer Tätigkeit geltende Währung und damit auf den von  
ihrer Notenbank dirigierte Geldmarkt mit seinen Mindestreservevorschriften, Diskont- und  
Lombardsätzen, Liquiditäts- und Refinanzierungsregeln usw. festgelegt. Sie haben einen  
Kreditmarkt für Fremdwährung außerhalb der für das jeweilige nationale Zahlungsmittel gültigen  
25 Vorschriften aufbauen dürfen, der als "Eurogeldmarkt" überhaupt zum Bombenerfolg des  
modernen Schuldenschwindels geworden ist. Er ist das letzte Instrument für das zutiefst  
berechtigte Bedürfnis des Kreditgewerbes, für den Finanzbedarf der gesamten kapitalistischen  
Geschäfts- und Staatenwelt auf die Finanzmittel sämtlicher Geldbesitzer auf der Welt zugreifen zu  
können. Der Handel mit Schulden, der da stattfindet, ist eine in jeder Hinsicht supranationale An-  
30 gelegenheit; die umherbewegten Summen finden in den nationalen Bilanzen nur soweit ihren  
Niederschlag, wie sie *als* Inlandsgeschäft ausgewiesen werden.

Durch den hemmungslos freien Verkehr des Kapitals selbst - des produktiven wie seines  
finanztechnischen Überbaus - ist *die Weltwirtschaft* zur Realität geworden. Sie ist nicht mehr die  
abstrakte Summe vieler national bilanzierter Geschäfte, sondern existiert als zwischen- und  
35 überstaatlicher Markt für Investitionen, Schulden und Waren aller Art.

### ***Nationen und Nation sind nicht zu verwechseln: Die imperialistische Ordnung der Weltwirtschaft***

Das kapitalistische Geschäftsleben ist durch seine politischen Betreuer von der Bindung an  
40 irgendein "Inland" emanzipiert worden. Die nationalen Grenzen werden damit allerdings nicht  
ökonomisch bedeutungslos; sie bekommen auf dieser Grundlage einen konkreten und je nach Fall

ganz unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Inhalt. Sie definieren nicht mehr - falls sie es je  
getan haben - prinzipiell gleichgeartete politökonomische Subjekte, die ihre kapitalistisch  
durchorganisierten Gesellschaften als Handelspartner gegeneinander konkurrieren lassen. Als  
politökonomische Einheiten sind die Nationen heute durch das jeweilige Verhältnis ihrer  
5 Regierung, ihrer einheimischen Kapitalisten und ihrer Notenbank zum supranationalen  
Geschäftsverkehr bestimmt bzw. durch das Verhältnis, das das global herumwirtschaftende  
Kapital zu ihrer Währung und zu ihnen als Anlagesphäre eingeht.

### ***Dollar, D-Mark, Yen: Das verwirklichte Menschenrecht des Kapitals auf Freizügigkeit***

10 Die Freiheit kapitalistischer Kalkulation ist heute an eine Voraussetzung gebunden: Das  
engagierte Kapital muß - als Guthaben oder als eingeräumter Kredit - in einer Währung existieren,  
die weltweit als Finanzmittel gehandelt wird, also in Dollar, ersatzweise in Yen oder D-Mark bzw.  
einer der mit der D-Mark verbundenen europäischen Hauptwährungen. Dann allerdings ist die  
15 Freiheit des Kapitaleinsatzes weder sachlich noch - mit Ausnahme der sozialistischen Staaten -  
räumlich eingeschränkt; ein so ausgestattetes Geschäft hat prinzipiell überall Zugang und  
unmittelbaren Zugriff auf alles Käufliche.

Diese "Startbedingung" bescheren einige wenige Staaten ihren einheimischen Kapitalbesitzern  
"von Haus aus". Deren Vermögen muß bloß noch groß genug sein, um die in seiner  
20 Nationaluniform gegebene globale Freiheit auch nutzen zu können. Denn immerhin ist die totale  
Mobilität eine Waffe in der Konkurrenz dieser Kapitale, kann also auch jederzeit zur  
Existenznotwendigkeit des Geschäfts werden.

Dies um so mehr, als die prinzipielle Gleichrangigkeit der Weltwährungen als Geschäftsmittel  
keineswegs deren quantitative Gleichwertigkeit einschließt. Der internationale Finanzmarkt han-  
delt Forderungen und Verbindlichkeiten in diesen Währungen untereinander, stellt ein dauernd  
variables Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage her und schafft so die Kurse, in denen  
25 Dollar, Yen und D-Mark einander messen und bewerten. Jede Verschiebung konfrontiert jeden  
Kapitalbesitzer mit neuen Geschäftschancen und Konkurrenzproblemen. Ein Dollarverfall ist für  
D-Mark-Kapitalisten ein Argument zur Verlagerung ihres Kapitals in die Dollarzone, weil das  
Aufkaufen dort billiger wird, das Verkaufen dorthin aber weniger DM erbringt und eine aus dem  
30 Dollarraum operierende Konkurrenz wechselkursbedingte Preisvorteile genießt; andererseits  
kommt er zu Hause in den Genuß relativ billigerer Importpreise. Solche Geschäftschancen und ihr  
Wandel wollen kurz- und langfristig berechnet und ausgenutzt sein, was nur einem  
schlagkräftigen Kapital gelingt. In welchem Sinne dabei Auf- oder Abwertungen Gewinne bringen  
35 oder als Verlust verbucht werden müssen, ist nicht nach Nationalität zu entscheiden, sondern richtet  
sich ganz danach, in welcher Phase seines internationalen Kreislaufs sich ein Kapital gerade  
befindet, welche Dispositionen in Sachen Export oder Kapitalexport, Erschließung oder Aufgabe  
eines auswärtigen Marktes, Import oder Kooperation mit ausländischen Exporteure jeweils gerade  
getroffen wurden - und was die Konkurrenz daraus zu machen versteht.

40 ***Die "Entwicklungs"-Währung: Eine geschäftsschädigende Geschäftsbedingung***

Die Freiheit der Disposition geht von vornherein allen Kapitalisten ab, deren Vermögen gleichgültig wie groß es ist - auf eine Währung lautet, die nicht als prinzipiell gleichrangiges Geschäftsmittel mit Dollar, Yen, DM usw. konkurriert. Solche Währungen - und das sind, wenn man nur die souveränen Staaten und Nationalbanken zählt, fast alle - schränken den Aktionskreis der Kapitalbesitzer, die darin ihren Reichtum zählen und mehren, erst einmal auf das Inland und auf Warenexporte ein.

Und selbst da macht das Akkumulieren, auch wenn es mit den schönsten Profitraten vonstatten geht, dem Kapital nicht viel Freude. Für seine Währung ist ja deswegen kein freier Wechselkurs hinzukriegen, weil weltweit niemand auf Geldforderungen scharf ist, die darauf lauten, und zwar ungerechterweise nur deshalb, weil sie darauf lauten. Das Geschäftsmittel gilt als so unsicher, entwertet sich so stark, daß das internationale Finanzwesen nicht unbesehen mit seinen soliden Zahlungsmitteln dafür eintreten will. Das bedeutet aber auch, daß das Geschäftsmittel automatisch das mit ihm abgewickelte Geschäft selbst und seinen Erfolg entwertet. Die Akkumulation von Landeswährung schafft den Kapitalbesitzern keinen, geschweige denn wachsenden Zugriff auf wirklich frei anwendbaren Reichtum.

Dem Urheber des derart zweckwidrigen Geschäftsmittels, der zuständigen Nationalbank und der darüber gebietenden Regierung, ist damit eine politökonomische Aufgabe gestellt, die die Heimatstaaten der weltgängigen Währungen nicht kennen: Devisen müssen ins Land, damit ihre Kapitalisten wenigstens das Nötige im Ausland kaufen können; das Nötige nämlich für ein Wirtschaftswachstum, das irgendwie und irgendwann groß genug werden soll, um den Verfall des nationalen Geschäftsmittels - die Inflation - zu stoppen, Kreditforderungen an die auswärtige, Dollar-(usw.)-besitzende Geschäftswelt zu akkumulieren und so eine Gleichrangigkeit der eigenen Notenbankprodukte mit den Weltwährungen herzustellen. Das Dumme ist nur, daß diese Aufgabe unlösbar ist; ein durch Geldwertverfall geschädigter Geschäftserfolg kann gar nicht groß genug sein, um das Geschäftsmittel selbst zu sanieren.

Den Geschäftsleuten jedenfalls geht es erst einmal darum, sich wenigstens einigermaßen schadlos zu halten; fürs politisch gewünschte Profitmachen stehen sie nur zur Verfügung, wenn ihr ideeller Gesamtkapitalist ihnen einen Ausgleich für ihre Inflationsverluste garantiert. Das gilt insbesondere für die Exportindustrie, die die unerläßlichen Devisen verdienen soll. Dieser volkswirtschaftliche Dienst - der dort ganz von selbst mit abfällt, wo Kapitalisten mit einem weltgängigen Geld Profit machen - erweist sich für den Staat, der ihn von seinen Geschäftsleuten oder auch von eigenen Betrieben haben will, allemal als Zuschußgeschäft. Um Exporterfolge zu erzwingen, müssen die Regierungen die entsprechenden Gewerbe subventionieren; mit dem Geld, versteht sich, über dessen Druck sie gebieten. Damit bewirken sie wiederum eine beschleunigte Entwertung dieser Kreditmittel.

Höchst folgerichtig sieht sich eine entwicklungsbeftissene Staatsgewalt einem einheimischen Kapital gegenüber, das seinen Erfolg den sie unbedingt will - vor allem an der Chance bemißt, das Verdiente in Devisen umzutauschen die aus den akkumulierten Erlösen erst richtigen Reichtum machen. Dafür bräuchte es aber schon die Außenhandelserfolge, die der begünstigte Geschäftserfolg erst schaffen soll. Was es an Guthaben in fremder Währung gibt, wird von der Nationalbank zwangsbewirtschaftet; mit dem Erfolg, daß die Geschäftswelt noch mehr als hinter Produktion

und Verkauf hinter der Chance her ist, ihren Gewinn auf nicht erlaubten Wegen in eine Weltwährung zu “flüchten”. Damit durchkreuzt sie erst recht die Vorgabe ihrer Obrigkeit, Devisen zu akkumulieren. Das politische Endziel, aus dem nationalen Kredit ein halbwegs taugliches Geschäftsmittel zu machen, rückt endgültig in die Ferne.

## 5 ***Der Internationalismus konkurrenzunfähiger Nationalökonomien: Immer mehr Devisenschulden***

10 In dem Dilemma, eine den Weltwährungen gleichrangige Valuta bieten zu wollen, ohne sie durch den Einsatz sämtlicher Machtmittel schaffen zu können, läßt das internationalisierte Kreditwesen die “Entwicklungsländer” nicht allein. Finanzmittel gibt es heutzutage für alles; also auch für Aufbau- und Importkredite, die diesen Staaten die Einfuhr der benötigten Produktionsmittel gestatten, und für Währungskredite an die betreffenden Notenbanken, die diesen die Macht leihen, die Umtauschbarkeit der von ihnen in Umlauf gebrachten Zahlungsmittel in eine der Weltwährungen ein Stück weit zu gewährleisten. Beides geschieht - mit mehrfachem Effekt.

15 Erstens mehren sich die verbotenen Möglichkeiten zur “Kapitalflucht”; vergebene Währungskredite pflegen sich ziemlich vollständig auf Schweizer Nummernkonten oder anderen entsprechend spezialisierten Niederlassungen des Weltkreditgewerbes zurückzumelden. Zweitens wird trotzdem enorm viel importiert, aufgebaut und ruiniert; ausländische Exporteure, aber auch Investoren und Geldanleger, ebenso einheimische Importeure, Mit- und Subunternehmer

20 verdienen bestens, nämlich ein Geld, dessen Tauschbarkeit gegen Weltwährung die Nationalbank zumindest allen ausländischen Geschäftsleuten garantieren muß; beides ohne die eigentlich angepeilten Fortschritte. Denn drittens verlangen die genommenen Kredite eine Bedienung mit Zinsen, die das Devisenbedürfnis der Nationalbank enorm vergrößern. Es ist viertens außerdem ein Mangel, wenn eine Ökonomie auf dem Standpunkt des Exports - quasi um jeden Preis zwecks

25 Devisenbeschaffung - stehenbleibt, während die Konkurrenz aus den Weltwährungsländern sich für jeden Zweck die besten Anlagesphären heraussucht: Konkurrenzchancen ergeben sich da immer nur in Abhängigkeit von den Dispositionen, die das weltweit mobile Kapital trifft. So ist fünftens die nationale Handelsbilanz, die die Regierungen dieser Länder zu ihrem Standpunkt gemacht haben und ihrer Ökonomie auch gegen das Interesse der tätigen Kapitalisten als Zweck

30 vorschreiben, hoffnungslos der Zahlungsbilanz unterlegen, in die die internationale Geldgebergemeinschaft ihre Tilgungs- und Zinsforderungen hineinschreibt. Der fällige Bilanzausgleich wird sechstens durch neue Schulden bewerkstelligt über deren Konditionen die Kreditinstitute mit sich reden lassen, wenn erst einmal die Organe des IMF oder der “Pariser Club”, also Gremien mit Rückhalt bei den imperialistischen Mächten, ihr Machtwort gesprochen haben; “Umschuldung”

35 heißt das. Die damit verbundenen Auflagen laufen siebtens auf die Verpflichtung der weiter kreditierten Staatsgewalten hinaus, erst recht und mit mehr Erfolg das durchzusetzen, was sie ohnehin unbedingt wollen, nämlich alles, worüber sie gebieten, in den Dienst der Devisenbeschaffung zwecks Schuldenbedienung zu stellen. Hierbei kommt achtens übrigens das Volk vor; nicht so sehr als schaffensfreudige Arbeiterschaft - was an Arbeitskraft für die

40 Beteiligung der Nation an der Weltwirtschaft zu brauchen ist, wird in der Regel längst benutzt -, vielmehr als tote Last, als Kostenfaktor, an dem durchaus noch gespart werden kann: durch die mit Verelendung gleichbedeutende Entlassung von Staatsbediensteten, die einen nationalen

Reichtum ja gar nicht zu verwalten haben; durch die Streichung staatlicher Hungerhilfen; durch die noch weitergehende Bereitstellung landwirtschaftlich nutzbaren und für unproduktive Ernährungszwecke womöglich vernutzten Bodens für die Erzeugung weltmarktgängiger Agrarprodukte. Folgerichtig wird dann neuntens ab und zu Milchpulver aus den Überschußbeständen der EG verschenkt.

Der Internationalismus der Weltwirtschaft macht also vor den Ländern, die nicht mit einer konkurrenzfähigen Währung an ihr teilnehmen können, nicht halt. Um das Land einem flotten Geschäftsleben zu unterwerfen, dazu taugt ihr Nationalkredit allemal. Die Umwandlung der erzielten Ergebnisse in einen Reichtum, der zur Größe des international agierenden Kapitals das Seine beiträgt, bewerkstelligt das Geschäft mit der Verschuldung. Nationales Interesse ist in diesen Fällen das der Regierung an ökonomischen Aktivitäten im eigenen Land, die dieses als Anlagesphäre für Kapital in allen Formen interessant halten. Dieses Nationalanliegen verträgt sich nicht mit den Überlebensbedürfnissen der entsprechend behandelten Volksmassen, auf die es aber nicht weiter ankommt. Es harmoniert allerdings auch schlecht mit dem Interesse der angesiedelten Geschäftswelt. Zwischen dem Standpunkt des Geschäfts und dem staatlichen Standpunkt der zu schaffenden Geschäftsbedingungen besteht ein Widerspruch, der durch alle wirtschaftspolitischen Bemühungen, ihn zum Verschwinden zu bringen, nur größer wird.

### **Die politischen Macher des supranationalen Kreditgeschäfts und ihre nationalen Währungssorgen**

Die paar anderen Staaten, in deren gesetzlichen Zahlungsmitteln - bzw. darauf lautenden Zahlungsverprechen - die Weltwirtschaft abgewickelt wird, brauchen im Prinzip ihren Kapitalisten weder Exporterfolge zu gebieten noch Devisengeschäfte zu verbieten. Regierungen und Notenbanken gehen da, und zwar erfolgreich - bzw. solange sie Erfolg haben -, davon aus, daß die freien Finanzgeschäfte rund um den Globus das von ihnen geschaffene Geschäftsmittel, die nationale Währung, weltweit *in Kurs setzen* und so ganz von selbst für die globale Freiheit des nationalen Geschäftslebens sorgen.

Dennoch gibt es in diesen Fällen neben dem erfolgreichen "Vertrauen auf den Markt" eine nationale Währungspolitik. Ihr Gegenstand ist die Beobachtung und "Pflege" des Kurswerts der eigenen im Verhältnis zu den gleichrangigen Währungen. Denn soviel ist ja immerhin klar, daß die Schaffung von Verbindlichkeiten in der eigenen Währung ihre Auswirkungen auf deren relativen Wert und damit auf die Freiheit und die Notwendigkeit zu weiterer Kreditschöpfung hat - auch wenn nicht eindeutig anzugeben sein mag, welche. Auf jeden Fall muß einerseits ein Weltwirtschaftsland, wenn es schon seine Währung wichtig genommen sehen will, einen attraktiven Finanzmarkt bieten, d.h. es muß einen dauernden Zustrom von sowohl sicheren wie lohnenden Schuldtiteln geben. So verbindet z.B. die französische Regierung zur Zeit die Liberalisierung ihrer Kapitalmärkte, d.h. deren vollständige Eingliederung ins internationalisierte Finanzwesen, mit der Privatisierung namhafter Firmen, also der Schaffung von Kreditpapieren der ersten Güteklasse, deren spekulativen Wert die Finanzwelt wohl zu unterscheiden weiß von den Wechsellern einer "sozialistischen" Regierung. Denn andererseits ist auch so viel klar, daß die hemmungslose Schaffung von Schulden, deren Bedienung bereits absehbarerweise nur durch neue Kredite zu bewerkstelligen ist, Wirkungen hat: Sie läßt den Kurswert dieser Schuldpapiere und bei



festgestelltem Überangebot den Wert der Währung, auf die sie lauten, und am Ende auch deren Kaufkraft im eigenen Land sinken. Schlimm ist das spätestens dann, wenn Kredite, die in dieser Nationaluniform daherkommen, überhaupt für unseriös befunden und immer weniger als Alternative zur Geldanlage in den anderen Weltwährungen in Betracht gezogen werden; denn damit verflüchtigt sich die Kreditwürdigkeit, die mit dem Besitz solcher Wertpapiere sonst verbunden ist. So kann sogar mitten im kapitalistischen Westeuropa eine "Kapitalflucht" aus traditionsreichen Währungen einsetzen. Die ist zugleich schon der Beweis, daß die Kapitalisten in ihrem gerechten Bemühen, sich schadlos zu halten, in Gegensatz zum Standpunkt ihrer staatlichen Währungshüter geraten. Die Freiheit der Staatsgewalt, sich durch die Ausgabe von Schuldscheinen, die von den Banken bedingungslos genommen und weiterverwendet werden, jede gewünschte Zahlungsfähigkeit zu verschaffen, kommt dabei abhanden. Am Ende würde ihre Liquidität davon abhängen, daß auswärtige Kreditgeber ihr eine internationale Kaufkraft zugestehen; zu Zinsen, die nicht sie bei ihren Wertpapieremissionen festlegt, sondern volksfremde Fachleute nach ihrer Einschätzung der Bonität des geldhungrigen Souveräns: ein Abstieg, den genügend Staaten in den letzten Jahrzehnten mit dem Fortschritt zu einer einheitlichen Weltwirtschaft zurückgelegt haben, und den die Erfolgreichen auf alle Fälle vermeiden wollen.

Deswegen machen deren Notenbanken sich peinliche Sorgen um den "richtigen" Diskontsatz, der die Schaffung von Kredit in der eigene Währung je nachdem erleichtert oder bremst; um das "richtige" Maß an Liquidität, das sie ihren Geschäftsbanken -einerseits vorschreiben, andererseits gewähren sollen; um den "richtigen" Anteil ihres Geldes am internationalen Kreditaufkommen. Mit ihren Devisenbeständen treten sie an den Devisenbörsen an, sei es, um eigenes Geld zurückzukaufen und dessen Kurs zu stützen, sei es, um fremde Währungen durch Überangebot zu verbilligen: Mit frischerschaffenen eigenen Zahlungsverprechen steigen sie ein, um einer Spekulation auf die eigene Währung entgegenzuwirken oder eine auf eine fremde Währung einzuleiten. Denn auf alle Fälle wollen sie die Trendsetter am internationalen Geldmarkt sein, nach denen die Spekulanten sich weltweit richten; meist einigermaßen gegensätzlich zu ihren ausländischen Konkurrenzinstituten. Denn immerhin wollen sie ja so, im Idealfall "unmerklich", die finanzmäßigen "Grunddaten" ihrer Wirtschaft in dem Sinn manipulieren, von dem sie jeweils beschlossen haben, daß er gerade "nationales Interesse" sein soll.

### 30 ***Das dauernd bestrittene, nie gekündigte Maß aller kapitalistischen Dinge: Der Dollar***

In der Konkurrenz gleichrangiger und gleichgesinnter Haupt- und Generallieferanten des Kredits, um dessen Mehrung und Bedienung sich weltweit alle Produktion und alles Geschäftsleben dreht, gibt es einen Primus: die Zahlungsverprechen der amerikanischen Notenbank. Der Konkurrenz mit anderen Währungen, die sich im Wechselkurs ausdrückt, ist der Dollar zwar keineswegs enthoben. Seine Bewegungen bereiten aber offensichtlich den Hütern der konkurrierenden Währung weit mehr Kopfzerbrechen als den Finanzminister und Notenbankchef der USA. Bei aller Konkurrenz gehen die einen wie die anderen davon aus, daß sämtliche übrigen Währungen in letzter Instanz durch den Dollar zu ersetzen sind, aber niemals der Dollar durch seine Konkurrenten.

Der unmittelbare ökonomische Grund für diesen Rangunterschied liegt in der *Masse* der weltweit zirkulierenden Schulden, die auf Dollar lauten. Sie sind *die* Materie des internationalen Finanzwesens; das ist auch schon Grund genug dafür, daß sie immerzu vermehrt werden und nicht außer Kurs geraten.

5 Natürlich stellt sich für jeden einzelnen Anleger immerzu auch in bezug auf den Dollar die Frage nach bessere Alternativen; jede Verbilligung des Dollar ist ein Argument dafür, besser schon vorher aus ihm ausgestiegen zu sein, und jeder Ausstieg trägt wieder ein bißchen zu seiner Verbilligung bei. In einer solchen Konjunktur ist aber noch allemal der *währungspolitische* Grund für die Dominanz des Dollar wirksam geworden, der das ökonomische "Argument" der eindeutigen Massenverhältnisse am Devisenmarkt in Kraft hält. Keine außeramerikanische  
10 Notenbank hat einen Dollarverfall je als Chance begriffen, die US-Währung durch Produkte aus der eigenen Notenpresse zu ersetzen. Es ist gar nicht abzusehen, wie ein Außer-Kurs-Setzen des Dollar sich für die sehr viel kleineren Weltwährungen lohnen könnte; auf alle Fälle wäre ja zuerst einmal die internationale Liquidität und Kreditwürdigkeit so gut wie vernichtet. Und es gibt  
15 keinen Zweifel, daß mit der Beseitigung der Sonderstellung des Dollar die Fährnisse der Konkurrenz für die anderen Weltwährungen erst recht unberechenbar würden. Die Frage, ob und wie das allenfalls durchzustehen wäre, haben sich die Macher von Yen und D-Mark deswegen auch gar nicht erst ernsthaft gestellt; und von den einstigen Projekten einer "künstlichen" neuen Weltwährung spricht schon seit einem Jahrzehnt niemand mehr. Eine allzusehr steigende  
20 Nachfrage nach Geldanlagemöglichkeiten in ihrer Währung haben die bundesdeutsche und andere Notenbanken immer mit Maßnahmen zur Bremsung der "Flucht aus dem Dollar": zur Verringerung des entsprechenden Angebots und seiner Attraktivität, beantwortet. Der Dollar ist das internationale Geschäftsmittel Nummer Eins; dabei *soll* es bleiben - nach dem Willen der einzigen in frage kommenden Konkurrenten. Daß die Pressesprecher der D-Mark diesen Willen  
25 bisweilen als bescheidene Verzicht ausdrücken und mit der penetrantesten Heuchelei umgeben, begründet dennoch keinen Zweifel an seiner Ernsthaftigkeit. Der Grund der "Bescheidenheit" liegt in einer Berechnung, die die "Solidität" der Währung, das Streben nach dem Ideal eines "gesunden" Anteils von DM-Krediten am Weltschuldenmarkt, als *das Konkurrenzmittel* der Frankfurter Ware kennt.

30 Würde übrigens nicht ihr eigener Geschäftssinn und die Zufriedenheit mit ihrer Rolle als prominente Geschöpfe und Miturheber der bestehenden Weltwirtschaft die Betreuer von Yen und D-Mark vor falschem Ehrgeiz bewahren, so kämen noch vor einem Zusammenbruch des Systems andere Garantien für dessen Bestand zum Zuge als die bloße Macht seines Funktionierens. Die imperialistische Systematik der Weltwirtschaft beruht auf entschiedenen Gewaltverhältnissen  
35 zwischen den Staaten - und innerhalb der beteiligten Staaten sowieso. Von den Atomwaffen der NATO bis zu dem polizeilichen Terror, der in den Slums der weiten Freien Welt für geordnete gesellschaftliche Verhältnisse sorgt, fügen die souveränen Gewalten sich ein in ein System der Konkurrenz der Mächte, das auf eine viel zu effektive "Arbeitsteilung" beim Beherrschen des Globus hinausläuft.

40 ***Finanzboom und "Handelskrieg" statt Bankenkrach: Die imperialistische Abwicklung der fälligen Wirtschaftskrisen***

## **Sechs Jahre "Reagonomics" und das klassische Ergebnis: Wieder mal Krise**

Das internationale Finanzwesen beruht in seiner Ausdehnung und Wucht größtenteils auf amerikanischen Staatsschulden, deren Akkumulation das Ergebnis der von der Reagan-Regierung betriebenen Wirtschafts- und Haushaltspolitik ist, aber nicht deren Absicht war. Vorgesehen war vielmehr, durch steuerliche Entlastung der Firmenwelt einen Boom auszulösen, der die Kreditbedürfnisse des Staates ganz nebenher mitbefriedigen und womöglich durch steigendes Steueraufkommen reduzieren würde. Den Boom hat es gegeben, wenn auch gewiß nicht wegen der paar Milliarden an Steuergeschenken, mit denen die Reagan-Administration "das Investitionsklima verbessert" hat. Der erhoffte Effekt für den Fiskus ist ausgeblieben; die US-Staatsschuld ist im Gegenteil wie bekannt "explodiert".

Das bereitet den Urhebern wie den Gegnern der "Reagonomics" Sorgen. Sie vermissen, wie schon erwähnt, ein "gesundes" Verhältnis zwischen der Verschuldung der Regierung und einem Steuern sowie frei verfügbare Finanzmittel ausschwitzenden Wirtschaftswachstum in den USA - ohne daß irgendwer dafür ein Maß angeben könnte und ohne daß eine Notlage bei der Finanzierung des US-Haushalts auszumachen wäre; die Skepsis, ob so viel Defizit "gutgehen" könne, ist ja auch den Machern genau der Verschuldungspolitik eingefallen, die sich gelassen über jedes einmal als gültig angesetzte Maß und Verhältnis der Kreditaufnahme hinwegsetzt. Aus der Vermehrung amerikanischer Staatsschulden wird auf alle Fälle die Forderung nach viel mehr amerikanischem Wirtschaftswachstum abgeleitet; und da fängt die ideologische Kritik am Ausland an, die einen gar nicht bloß ideologischen Standpunkt ausdrückt.

Das amerikanische Handelsbilanzdefizit soll da nämlich den Verdacht belegen, daß das einheimische Wachstum sehr viel massiver hätte ausfallen können, wenn sich nicht die ausländische Konkurrenz enorme Anteile davon abgeschnitten hätte. Dementsprechend wird "das Ausland" zur Stimulierung von mehr eigenem Wachstum aufgerufen; die Verbündeten sollen kein Geld für so unproduktive Ausgaben verschwenden wie Sozialklimbim oder die Subventionierung von Wirtschaftszweigen, in denen Firmen mit Stanaort USA längst führend seien. Gehässige wie wohlmeinende Mahnungen zu mehr europäisch-japanischem Aufschwung laufen auf den interessanten Widerspruch hinaus, den im Ausland angesiedelten Konkurrenten den Verzicht aufs Konkurreren gegen inneramerikanische Firmen als Weg zu mehr Wachstum nahezu legen.

All diese Kritiken an überflüssiger Konkurrenz und Wachstumsschwäche kennzeichnen einen Standpunkt und einen Stand der internationalen Konkurrenz, der in zunehmendem Maß tatsächlich und gar nicht bloß ideologisch das *Ausscheiden* von Konkurrenten verlangt. Daß dieser Befund und dieses Interesse in das Ideal eines nun erst recht noch größeren Wachstums übersetzt wird, ist eine übliche bürgerliche Paradoxie; die kapitalistische Antwort auf eine Stagnation des Geschäftslebens ist noch allemal der Wille, sie zu überwinden. Der betonte Wachstumsidealismus ist geradezu der ideologische Beleg dafür, daß die kapitalistische Praxis mal wieder an ihre Grenze gestoßen ist. Sie hat zu viel Wachstum produziert; die Strategen der Markteroberung stehen einander so sehr im Weg, daß einiges an Zusammenbruch und an Entwertung von produktiv angelegtem Kapital fällig wird. Sämtliche "Problembereiche", die europäische, japanische und amerikanische Wirtschaftspolitiker einander als Beispiele für ungerechtfertigte Konkurrenzvorteile vorwerfen - von der Landwirtschaft bis zum Flugzeugbau, von der Chip-

Produktion bis zum Stahl; per Saldo bleibt gar kein problemfreier Gewerbebezweig übrig -, bieten das Anschauungsmaterial dafür, daß nicht etwas ein möglicher Boom unterblieben ist, sondern *die ganz normale kapitalistische Überakkumulation* stattgefunden hat.

5 Natürlich sehen die Konjunkturxperten das ganz anders. Erstens wollen sie noch gar nicht so genau wissen, ob das, worüber und weswegen sie streiten, überhaupt eine Krise ist; und die hat zweitens, da sind sie sich ganz sicher, ihre völlig eigenen, so noch nie dagewesenen, politisch eigentlich vermeidbaren Ursachen z.B. eben das einzigartige US-Handelsbilanzdefizit oder auch, wahlweise, dessen Reduzierung... (Hinterher malen sie dann den "Konjunkturzyklus" auf Millimeterpapier und entdecken eine unleugbare Gleichförmigkeit mit früheren Auf- und  
10 Abschwüngen.) Tatsächlich hat das Kapital nur das getan, was es immer tut. Es hat in den USA mit Reagans Wachstumspolitik haargenau dasselbe angefangen, was es in Europa oder Japan mit jeder anderen sozial-, liberal- oder christdemokratischen Wirtschaftspolitik angefangen hat, weil es sich auf etwas anderes gar nicht versteht: Es hat akkumuliert gegen alle Konkurrenten und rücksichtslos gegen die Schranken der zahlungsfähigen Nachfrage; mit allen Mitteln hat es  
15 Märkte erobert und weiter akkumuliert; bis es eben mal wieder zu viel erfolgstüchtiges Kapital gibt und ein Platzen der Geschäfte anhebt.

Den Konkurrrenzkampf um die Verteilung des unabwendbaren Schadens tragen znnächst einmal die multinational gewordenen Kapitale untereinander - und gegen die national gebliebenen - aus, nicht die Staaten. Dabei haben sich dnrch den erreichten Stand der Internationalisierung der  
20 Geschäfte für alle Beteiligten härtere Bedingungen ergeben; insbesondere für das in den USA beheimatete produktive Kapital, das in den Jahrzehnten nach dem Weltkrieg seinen überreichlich akkumulierten Profit mit viel Erfolg in andere, "kapitalhungrige" Weltregionen exportieren konnte und damit die Internationalität des Geschäftslebens erst tatkräftig hergestellt hat. Dieser Erfolg schließt nämlich das jetzt erreichte Ergebnis ein, daß die gewohnte amerikanische Bequemlichkeit eines Exports der Überakkumulation aufgehört hat, weil Überakkumulation heute eine  
25 einheitliche, nichts und niemanden auslassende, in weltweiter Konkurrenz zustandgekommene Angelegenheit ist. Die Geschäftswelt im Mutterland des Dollarimperialismus sieht sich auf den eigenen wie den auswärtigen Märkten mit - meist von ihr selbst gegründeten oder großgezogenen - Konkurrenten konfrontiert, die gleichwertig geworden oder sogar überlegen sind. Die  
30 Firmenwelt der anderen Weltwirtschaftsstaaten macht übrigens ein bißchen ähnliche Erfahrungen: Auch dort ist man ja nicht auf angesammelten Profiten sitzengeblieben, sondern hat den Globus systematisch mit Niederlassungen überzogen und auswärtige Geschäfte hochgebracht, an denen nun störend der beabsichtigte Erfolg auffällt, daß natürlich auch sie sich "Marktanteile erobert" haben. In ihrem Kampf ums Durchstehen der bereinigenden Geschäftskrise finden die Kapitale  
35 also nirgends mehr "unterentwickelte" Sphären vor, in die sie mit ihrem geschäftstüchtigen Überschuß ausweichen und eine neue lohnende Akkumulation in Gang setzen könnten. Sie führen ihren Konkurrenzkampf von vorneherein universell und unter Einsatz der Manövriermasse, über die sie als Multis in den verschiedenen Winkeln des Globus verfügen - oder auch nicht, und dann, als zu Hause hockengebliebenes Kapital, haben sie es auf alle Fälle am schwersten. Auch  
40 Wechselkursverschiebungen wirken da selektiv: Jeder Pfennig Dollarverfall ist eine Waffe; nicht eindeutig zugunsten der DM- oder der Dollar-Besitzer, sondern je nachdem, was ein Kapital wo

gerade treibt, und auf alle Fälle *für* diejenigen, die groß und kreditwürdig, also schlagkräftig und mobil genug sind, um daraus einen Konkurrenzvorteil zu *machen*.

5 In diese weltumspannende Krisenkonkurrenz mischen sich die Wirtschaftspolitiker der führenden Nationen ein, und zwar nicht bloß mit patriotischen Ideologien: Die politischen Protagonisten des von nationalen Schranken befreiten kapitalistischen Geschäftslebens fechten für lauter nationale Konkurrenzvorteile, die Apostel der Weltwährungen für ein Plus im vaterländischen Außenhandel, die Strategen einer imperialistischen Politökonomie für Nudelmühlen und Zitronenplantagen in ihrer hintersten Provinz. Nun braucht es nicht zu verwundern, daß Machthaber wie Reagan oder  
10 der Herr Pöhl von der Bundesbank, Botschafter Burt und die EG-Kommissare beide Standpunkte in ihrem Kopf zu vereinbaren vermögen. Schlimmer ist, daß beide Standpunkte tatsächlich notwendig zusammengehören, ohne daß ein US-Notenbankchef oder ein Minister Kiechle das überhaupt zu wissen brauchen.

### ***Das internationale Krisenmanagement: Imperialistische Gemeinschaftsaktion gegen die Bereinigung des Kreditschwindels***

15 Politiker und Währungshüter haben - schon am Ende des vorigen "Konjunkturzyklus" - vor allen Sorgen um Produktionsstandorte und Exporterfolge den Kreditüberbau in ihre besondere Obhut genommen, der in der Krise auf das Maß der wirklichen Zahlungsfähigkeit zurückgeführt wird, nämlich schwindelhaft gewordene Schulden durchstreicht, damit eine allgemeine Geldklemme  
20 auslöst, mit seinem vorübergehenden Zusammenbruch für die Entwertung von Kapital sorgt und dann gleich wieder frisch anfängt, sich aufzublähen. Eine solche Bankenkrise haben die Führungsmächte der Freien Welt abgewendet, als sie erstmals infolge weltweiter Überakkumulation und als Zusammenbruch des modernen *internationalen* Kreditgeschäfts fällig wurde.

25 Das Ding hieß und heißt seither "Schuldenkrise der 3. Welt". Sie ist "ausgebrochen", als im "Konjunktur-Tief" zu Beginn der 80er Jahre die den Regierungen und Notenbanken ohne konkurrenzfähige Landeswährung gewährten Kredite uneinbringlich geworden waren. Die Zahlungsunfähigkeit dieser Schuldner ist nämlich wahrhaftig nicht daraus zu erklären, daß sie es an Geschäftstätigkeit hätten fehlen lassen; sie haben Länder samt Leuten umgekrempelt, wie es  
30 sogar kaum ein Bankier für zumutbar gehalten hätte. Die Schranken, an die sie mit ihrer Devisenbeschaffungswirtschaft gestoßen sind, sind schon immer die altbekannten kapitalistischen gewesen: So viel Geschäft ist gelaufen, daß es den Erfolg ruiniert hat. Daß die "Entwicklungsländer" ihre Waren nicht mehr oder nur noch zu Schleuderpreisen losgeworden sind, liegt nämlich auch in ihrem Fall nicht an ungerechten Preisbewegungen.

35 Diese Schuldner des internationalen Finanzkapitals sind als erste zahlungsunfähig geworden; und das mußte eine sich verallgemeinernde, weltweite Zahlungskrise auslösen. Die uneinbringlich gewordenen Schulden waren aus den Bankbilanzen zu streichen; ein vorübergehender Zusammenbruch des internationalen Zahlungswesens, ein weltweiter Bankenkrach und anschließender Neuaufbau der Liquidität in Weltwährung war fällig. All das ist unterblieben. Die  
40 Bereinigung der völlig fiktiv gewordenen Geldforderungen ist ersetzt worden durch den Beschluß, die aufgelaufenen Kreditsummen als gültige Forderungen stehen zu lassen; als Gewähr für ihre

fortdauernde Gültigkeit wurden die darauf fälligen Zinsen den Schuldnern weiterhin ungerührt in Rechnung gestellt, und auch dafür gab es neue Kredite. Diese Freundlichkeit hat für die Schuldnerstaaten dazu geführt, daß nicht bloß ihre Schulden, sondern auch schon die auf die akkumulierten Kredite zu zahlenden Zinsen über jedes Maß hinaus gewachsen sind, das durch die Erträge der in Gang gesetzten devisa-bringenden Geschäfte und einen eventuellen Handelsbilanzüberschuß allenfalls noch zu verkraften gewesen wäre. Die Zinsen haben sich zu neuen, zusätzlichen Schulden in Milliardenhöhe angesammelt, gegen die jeder zukünftige Exporterfolg schon im voraus verpfändet ist. Ihre Schuldenkrise ist so zum Dauerzustand geworden, der immer noch seine Konjunkturen hat: In einer Phase der allgemeinen Expansion der Geschäfte fallen auch bei "3.-Welt"-Schuldnern die Umschuldungen leichter; bei weltweiter Geschäftsstockung - wie der jetzt beginnenden - wachsen die Verbindlichkeiten um so rascher, und es gibt Zank um einseitige Zahlungsmoratorien.

Im internationalen Finanzwesen hat die verhinderte Illiquidität zu einer noch nie dagewesenen Aufblähung der Kreditmasse geführt: Es sollte ja nichts ausmachen, daß die aufgehäuften Zahlungsverprechen - samt den zu ihrer Finanzierung von den Banken eingegangenen Verbindlichkeiten usw. usf. - verfallen waren: Sie zirkulieren weiter als Finanzmittel. Die dafür nötige Autorität haben selbstverständlich nicht die Banken mit ihrem frommen Wunsch zustandegebracht, einen allgemeinen Bankrott zu vermeiden. Wo sonst die Bankaufsichtsbehörden die Tilgung fiktiver Summen aus den Bilanzen erzwingen; wo die Banken selbst schon aus Konkurrenzgründen den Handel untereinander mit derart faulen Schuldpapieren verweigert und einander keine Pfandbriefe mehr abgekauft hätten; da hat bei den letzten Kreditkrisen gerade umgekehrt der im IMF vereinigte Wille der maßgeblichen Staatsgewalten die Fortschreibung der geplatzen Schulden verfügt und verbürgt. Der Entwertung des Finanzkapitals wurde ein politisches Verbot entgegengesetzt, das weltweit gilt, weil die paar Führungsnationen sich darauf geeinigt und ihre Geschäftsbanken darauf festgelegt haben.

Der Grund dafür war und bleibt der befürchtete Schaden; zum einen für den gesamten Welthandel und die davon abhängige Produktion zum andern für die Zahlungsfähigkeit der imperialistischen Staatsgewalten selber. Ihre Verschuldung braucht nämlich ein Kreditwesen das mit seiner Fähigkeit zur Geldschöpfung an keine Grenzen stößt - und schon gar nicht an der Pleite einiger Milliarden Schuldner scheitern darf. Die Entwertung der von den Staaten selbst in Umlauf gebrachten Schulden wurde verhindert, die Absetzbarkeit aller künftigen Staatsschulden gesichert.

Das Bankkapital seinerseits hat diese Pflicht natürlich gern akzeptiert und schöpft seither jeden Kredit, der gewünscht wird und der, wenn schon keine geschäftliche Solidität, dann eine staatliche Gewähr im Rücken hat. Mit der Zufuhr von US-Staatsschulden hat es die internationale Zahlungsfähigkeit zu ihrer heutigen grotesken Größe aufgeblasen und verdient die schönsten Summen an Geschäften, bei denen überhaupt bloß noch ein Kredit den andern kauft.

Etwas anderes ist mit diesen Schulden in ihrer Masse übrigens auch gar nicht anzufangen. Die überakkumulierten Zahlungsverprechen wären sofort ihrer Wertlosigkeit überführt und das Opfer einer "galoppierenden Inflation", wenn sie in volle Umfang als Nachfrage nach den Bedarfsgütern des kapitalistischen Alltags und der staatlichen Machtentfaltung auftreten würden. Sie taugen nur für ein Spekulationswesen das aus jeder Abhängigkeit von der wirklichen Mehrung des

produktiven Reichtums befreit ist - und nur weil und solange es davon getrennt und unabhängig bleibt. Das freie Hantieren mit Finanzmassen, wie es zur Zeit international an den Börsen stattfindet, ist nicht mehr die verselbständigte Verlaufsform eines Akkumulationsprozesses, in dem der Kreislauf des produktiven Kapitals das letzte kritische Wort behält, sondern der eigengesetzliche Ursprung ansonsten haltloser Bewegungen, in die es das internationalisierte Geldkapital und dessen Hauptwährungen versetzt. Das Überangebot an Zahlungsmitteln einer Währung, das von einem milliardenschweren Handelsbilanzdefizit ausgeht, ist für diese Spekulation ein "Argument" von genau der gleichen Art wie ein halber Prozentpunkt Zinsdifferenz, die solide Geschäftsperspektive einer großen Aktiengesellschaft ebenso beachtlich wie ein lockerer Spruch des US-Finanzministers über seine Vorstellung von optimalen Wechselkursen.

Logischerweise ergeben sich auf diese Weise Wechselkursbewegungen, die jeder Beobachter, dem ihr Ergebnis gerade nicht paßt, mit guten Gründen für "erratisch" und "durch die ökonomischen Grunddaten nicht gedeckt" erklären kann. Die Verhinderung der Bankenkrise wegen Zahlungsfähigkeit der "3. Welt", die Vermehrung der US-Staatsschulden und der neue, von der Reagan-Regierung als ihr Verdienst verbuchte Aufschwung haben vor 4, 5 Jahren die Finanzspekulanten in aller Welt nicht ohne Mithilfe konkurrenzlos hoher Zinssätze - restlos überzeugt und der US-Währung den bekannten "Höhenflug" bis auf dreieinhalb D-Mark beschert, der durch so altertümliche Bilanzen wie die des Außenhandels nicht gehemmt wurde. Vor zwei Jahren hat der internationale Kredithandel das Blatt gewendet und für Vermögensverluste bei all denen gesorgt, die bei steigendem Dollar ihre Yen oder D-Mark in Dollar gesteckt haben und heute in Yen oder DM etwas davon haben wollen.

### ***Krisenbewältigung national: Der Kampf imperialistischer Währungshüter um das solide geschäftliche Fundament des Nationalkredits***

Die Kehrseite des schönen Erfolgs einer praktisch unendlichen Weltliquidität kommt zum Vorschein, wenn - wie jetzt - die Erträge von Handel und Wandel zu wünschen übriglassen, das Ausscheiden von Konkurrenten und eine Pleitewelle ansteht, eine sich verallgemeinernde Zahlungsunfähigkeit droht und um die Verteilung des Schadens konkurriert wird. Dann zeigt sich nämlich, daß die schrankenlose Liquidität des internationalen Finanzwesens überhaupt nichts taugt, nämlich praktisch gar nichts ausrichten kann, wenn unter den Geschäftsleuten, die für Produktion und Handel dieselben Währungen gebrauchen wie die Börsenspekulanten für ihre Arbeit, die Unfähigkeit einreißt, eingegangene Schulden zu begleichen. Die großen Finanzmassen verhindern nicht die Bereinigung unter konkurrierenden Kapitalen, die überakkumuliert haben; sie halten auch keinen Bankenkrauch auf, wenn zuerst die Bankschuldner Pleite machen, dann ein Bankrott andere Schuldner wie Gläubiger hereinreißt, am Ende auch größere Kreditinstitute vor einem Offenbarungseid über die Hinfälligkeit ihrer Forderungen stehen und so etwas - krisenhaft eben - um sich greift. Das von Marx bereits erklärte Paradox, daß in der Krise allgemeine Zahlungsunfähigkeit, also Geldknappheit - das Ergebnis schon längst nicht mehr lohnender Geschäfte -, und ein Überfluß an Geldkapital - das kein lohnendes Geschäft zum Einsteigen findet und deshalb auch nicht als Geld in die Zirkulation geworfen wird - nebeneinander bestehen, ist durch

die staatliche Garantie des internationalen Schuldenwesens und dessen Ausdehnung ins Gigantische gesteigert, aber überhaupt nicht aufgehoben.

5 Behoben ist also auch nicht die Gefahr, daß in einer Krise, die tatsächlich vom Bankrott einiger amerikanischer Landwirte mit guter Ernte ihren Ausgang nehmen kann, der ganze Kreditüberbau zusammenbricht und ein Durchstreichen von fiktiven Vermögenswerten anhebt, das genauso  
10 gigantisch wird wie deren Aufblähung unter staatlichem Schutz in den letzten Jahren. Denn ein für allemal bedeuten die dort zirkulierenden Summen keine Fähigkeit zur *Zahlung*, sondern die Akkumulation von *Kredit*; und Kredit vermag nicht mehr als *Zahlung hinauszuschieben* und sich dabei immerzu zu vermehren, immer mehr *Recht auf Zahlung* zu schaffen, aber er kann sie *nicht ersetzen*. Bei aller Freisetzung des Spekulierens vom realen Geschäftsgang: Es ist ja nach wie vor  
15 dasselbe Kreditmittel, mit dem spekuliert und mit dem gekauft wird, das an den internationalen Börsen umhergeschoben wird und in dem das produktive Kapital seinen Kreislauf vollzieht; also bleibt auch jeder noch so verrückte Dollarschuldschein angewiesen auf Dollars, die ein  
Geschäftsmann *als* Reichtum geschaffen und verdient hat und für seine Zahlungsverpflichtungen  
20 hinlegen kann. Und es sind dieselben Banken, die international an den haltlosesten Kreditschiebereien verdienen und von dem Geschäftserfolg ihrer vielen Schuldner abhängen; also läuft *gar nichts*, wenn den Kreditgebern nicht die Erträge aus lohnendem Verkauf von  
geschaffenem Reichtum, also wirkliches *Geld* zufließt.

20 Der Schutz des internationalisierten Kreditüberbaus und seines gesetzlich geschützten Zahlungsmittels - auf welche die Staaten der Freien Welt, heute mehr denn je, für *ihre* anspruchsvollen Haushaltsbedürfnisse ungehindert wollen zugreifen können - verlangt von den  
Wirtschaftspolitikern und Geldhütern der Weltwährungsländer folglich noch einen anderen Einsatz als den bei der "Umschuldung der Entwicklungsländer". Die Seriosität des Kredits und  
25 seines Geschäftsmittels verlangt nach einem Geschäftsleben, das den Kreditinstituten einen Anteil an der Mehrung von Reichtum - und nicht bloß an der Mehrung von Anrechtstiteln darauf -  
verschafft und das so das nationale Kreditmittel, die Landeswährung, *in Kraft setzt*. Die Krise macht diese Notwendigkeit sinnfällig, weil das Ausbleiben von Zahlung da buchstäblich den  
Kredit ruiniert. An ihr merken daher auch die größten Liebhaber des internationalisierten  
30 Finanzverkehrs die Unentbehrlichkeit einer Akkumulation, die das nationale Geschäftsmittel dadurch vermehrt, daß sie den Reichtum vermehrt - und die den Reichtum so vermehrt, daß er als  
vergrößerte Summe des nationalen Geldes vorliegt.

Dieses Streben nach Solidität des nationalen Kredits wird dadurch nur um so ernsthafter, daß sein Scheitern abzusehen ist: Schließlich *beseitigt* die Krise einiges an Kapital und Kredit; und es steht  
35 fest, daß die Hauptverantwortlichen der Weltwirtschaft einen Bankenkrach heute noch weniger zulassen als früher. Deswegen verbietet sich in "schweren Zeiten" bei den Schulden der "3. Welt" zwar erst recht jede Leichtfertigkeit, Zinszahlungen müssen sein oder zumindest die Konditionen  
für ihre Stundung die denkbar rigorosesten; aber Umschuldung und damit die erneute Aufblähung fiktiver Schuldtitel ist gar nicht zu umgehen. Und wo immer Bankbilanzen ansonsten ins Wackeln  
geraten, muß ein Weg gefunden werden, um die uneinbringlichen Schuldforderungen in eh-  
40 renwerte Staatszettel zu verwandeln, die natürlich letztlich auch bloß Gewalt und keinen Reichtum repräsentieren. Das Instrument der "Bundesbürgschaft" - z.B. für das Airbus-Geschäft, das seinen Welterfolg auf dem Wege einer bewußten Überakkumulation auf dem leicht



überschaubaren Sektor der Flugzeugindustrie zu erzwingen versucht - mag da besonders elegant erscheinen, weil es die Entwertung des fiktiven Kapitals gewissermaßen schon vorbeugend verbietet und damit den Fortgang bzw. Aufbau eines nationalen Geschäftszweigs sichert, an dem die Politik auf einmal den unwiderstehlich attraktiven Gebrauchswert entdeckt. Solche Manöver sorgen allerdings dafür, daß die nationale Weltwährung pro Einheit immer weniger wirklichen Reichtum repräsentiert, was jederzeit als "inflationärer Effekt" auf großer Stufenleiter zur Geltung kommen kann; und vor der Krise und ihren materiellen Folgen, der Vernichtung produktiven Kapitals, bewahren sie erst recht nicht.

Die Regierungen konkurrieren deswegen in der Krise erbittert um Kapitalerfolg *in ihrem Land* und um das Stattfinden der Entwertung *anderswo*. Gerade *als* Betreuer einer Weltwährung kalkulieren sie in Sachen Krisenbewältigung *national*.

### ***Der altertümliche Idealismus des nationalen Exporterfolgs und sein moderner Realismus: Die Standortfrage***

Der nationale Krisenstandpunkt trägt sich so vor, als wäre er ein Rückfall in jene längst überwundenen Zustände, als die Staaten mit Schutzzöllen u.ä. einem nationalen Gewerbe auf die Beine geholfen bzw. mit Handelskriegen Freiraum verschafft haben. Es geht ja auch wirklich darum, daß Zahlungsmittel ins Land fließen, die die Versilberung produzierten und verkauften Reichtums sind und einheimisch tätigen Firmen zu wirklichem Reichtum in seiner universell anwendbaren Form verhelfen, so daß sie und ihre Banken zahlungsfähig und die Kredite kreditwürdig bleiben. Der nationale Kredit soll ja eben nicht bloß davon zehren, daß auswärtige Geldanleger ihn schätzen und Schuld- und Zinsforderungen akkumulieren, wobei der erforderliche Zinssatz am Ende sogar noch die wirklichen Geschäftserfolge schmälert. Auch die Wirtschaftspolitiker der USA haben registriert, daß sogar ihre Nation im Krisenfall nur so viel vom internationalen Geschäft profitiert, wie sie durch Produktion und Handel daraus auf sich zu ziehen vermag. Deswegen sind ausländische Firmen willkommen, die im eigenen Land investieren und fest dort bleiben. Auch exportiertes Kapital der heimischen Geschäftswelt soll solche Dienste erbringen, also z.B. durch Filialen den Export sichern und auswärts verdiente Gewinne ins Land holen - was man bei den Niederlassungen fremder Firmen auf, dem eigenen Territorium gar nicht gerne sieht. So scheidet sich der Krisenbewältigungsstandpunkt der Wirtschaftspolitik und der Währungsbetreuung durchaus von dem der als Multis agierenden *Kapitale*.

Eine Kündigung der erreichten Subsumtion der Staatenwelt - auch der eigenen Nation unter das Diktat des freien Kapitalverkehrs und das imperialistische Weltwirtschaftssystem ist in diesem Nationalismus allerdings nicht enthalten; im Gegenteil. Die konkurrierenden Weltwirtschaftsstaaten beziehen sich sehr positiv auf die Freiheit des Kapitals, unabhängig von jeder Heimatbindung mobil zu sein und sich seine Anlagesphäre auszusuchen. In normalen Zeiten sind sie sich sicher, daß ihre Musterländle ganz fraglos das Attraktivste sind, was das Kapital auf dem Globus überhaupt vorfinden kann. In der Krise werden sie kleinlich und machen z.B. die Schwierigkeiten, die sie einem Kapital außerhalb ihrer Grenzen durch Importschranken u.ä. bereiten können, zum Grund dafür, selber als bestmöglicher Standort gefragt zu bleiben - was natürlich auch nur gelingt, wenn bzw. in dem Maße, wie die Größe ihrer Märkte und die Masse und Wucht des unter ihrer Obhut geschäftlich engagierten Reichtums von selbst überzeugen.

Davon nämlich, daß der betreffende Staat das entscheidende Zentrum für jegliche Sorte Akkumulation und Fortschritt ist, nach dem sich selbst die vielseitigsten Multis gerade bei ihrer Krisenkonkurrenz in ihren Standortentscheidungen richten. Deren Strategie zur Krisenbewältigung soll auf diese Weise wie von selbst nahtlos mit dem nationalen Egoismus zusammenfallen; und überhaupt soll sich auszahlen, daß die Macher der Weltwirtschaft alles Nötige getan haben, um jede "naturwüchsige" nationale Bindung *jeglichen* Kapitals auf der Welt ersatzlos aufzuheben: Ihr Herrschaftsgebiet sollte dadurch ja nicht verlieren, sondern *als Standort endgültig unschlagbar* werden.

Dieser Standpunkt, dessen Nationalismus imperialistisch ist, gilt selbst für die Konkurrenz in den Branchen, in denen das angelegte Kapital mangels Größe gar nicht so mobil ist wie eigentlich nötig und die daher im Krisenfall am heftigsten nach staatlicher Protektion verlangen: So ortsgebundene Kapitalanlagen wie die in einer nationalen Landwirtschaft gehören z.B. allemal dazu. Gerade die aktuellen Streitpunkte zwischen der EG und den USA zeigen, daß die Weltagrarmärkte auch schon lange nicht mehr die Börsen sind, wo Überschüsse eines heimatnahen Gewerbes zu Geld gemacht werden. Hier treffen die Regierungen mit ihren Beihilfen und Garantiepreisen Investitions- und Standortentscheidungen - z.B. für die BRD als der Welt größte kapitalistische Milchkuh -, die den gesamten Globus in Betracht ziehen und die der bäuerliche Kleinstkapitalist nie treffen könnte. Auch für solche Anlagesphären verlangt der nationale Egoismus daher nicht einen nationalen "Naturschutzpark", sondern mehr Akkumulation und noch mehr erfolgreichen Internationalismus, eins als Mittel des anderen. Denn immer steht weltweite Verteilung des überhaupt in der Landwirtschaft engagierten Kapitals zur Disposition.

Die Verlierer dieser Konkurrenz der imperialistischen Staaten untereinander sind auf alle Fälle die andern, die allenfalls aus der Defensive mitkonkurrieren können, weil sie wenig zu bieten und zu verbieten haben. Bei sich abzeichnender Krise schließt VW Werke in Mexiko, übrigens ohne jeden Sozialplan; das war mal ein mexikanischer Standortvorteil, der nun ausgenutzt wird. Die Regierung Brasiliens darf der Abwanderung amerikanischer Autofirmen zusehen, den krisenhaften Rückgang an Devisenerlösen aber noch lange nicht mit einem einseitigen Zinsmoratorium beantworten. Usw.

### ***Und das Volk?***

Es gehört zu den sozialstaatlichen Gratisleistungen der Demokratie, daß das imperialistische Krisenbewältigungsinteresse der Führungsnationen dem Volk als Sorge um seine Arbeitsplätze verdolmetscht wird. Das ist der unanfechtbar ehrenwerte Obertitel, unter den Politiker, Unternehmer und Gewerkschaftler den gültigen politischen Konkurrenzstandpunkt populär machen.

Selbst an diesem Schwindel ist ein ernsthafter Kern - auch wenn den öffentlichen Schwindlern kaum die Marx'sche Erkenntnis klargeworden sein dürfte, daß gesellschaftlicher Reichtum, der sich in Geld darstellt, in der Abstraktion vergegenständlichter Arbeit überhaupt besteht und in sonst nichts. Der Schluß von einem soliden Geschäftsleben, das den Kreditüberbau haltbar macht und der nationalen Währung ihren Wert sichert, auf die nationale Arbeit, die dafür angewandt wird, drängt sich zwingend jedem verantwortlichen Menschen auf, der zusehen muß, wie

verschwenderische Arbeitslosenhilfen gezahlt werden, und das auch noch wegen Entlassungen, die keine Geschäftsbelebung eingeleitet haben, sondern die Verwahrlosung ganzer Regionen. Ganz abgesehen davon, daß jeder Staatsbürger, und wie sehr dann erst jeder Staatsmann und jeder Gewerkschaftsfunktionär, die Disziplin der täglichen Arbeit als die unerläßliche zivile  
5 Voraussetzung für die andere staatsnützliche Verwendung des Volkes kennt und schätzt - noch ein Argument für eine nationale Krisenbewältigung.

Um die zu fördern, fällt kosmopolitischen Währungspolitikern in Washington, Bonn und anderswo auch bei ihrer neuesten Krise die älteste Lösung ein. Wo alles Geschäftsleben voll im Dienst der losgelassenen Spekulation und der regierungsamtlichen Verschuldungskünste steht,  
10 kommt es ihnen erst recht auf viel Leistung bei geringem Lohn an, damit der Laden zur Zufriedenheit seiner Verantalter läuft. Wo die Aktienbörsen in einer Woche mehr fiktives Kapital schaffen oder vernichten, als die bundesdeutschen Arbeiter im Jahr zum Leben kriegen, muß natürlich vor allem den Rentnern ein Krankenversicherungsbeitrag abgezogen werden. So be-  
15 gutachten die einen minütlich den Wert ihrer Währung, und die anderen haben keine. Das ist am allerwenigsten originell an der nächsten Krise.